

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

12. Sitzung

11.03.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

12. Sitzung

am 11. März 2016

Börsenhof A, Raum 416

Anwesend:

Abg. Herr Bensch (CDU)

Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Frau Dehne (SPD)

Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender

Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Herr Gottschalk (SPD)

Abg. Herr Güngör (SPD)

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)

Abg. Herr Hinnens (CDU)

Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)

Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender

Abg. Herr Reinken (SPD)

Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Abg. Herr Schmidt (SPD)

Abg. Frau Steiner (FDP)

Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Hammer)	
Herr Meyer)	
Frau Dr. Krause-Nicolai)	
Herr Trottnow)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Sommer)	
Herr Fehren)	
Herr Kratky)	
Frau Schüttrumpf)	
Frau Oberdörfer)	
Frau Mathei)	
Frau Dr. Otten		vom Rechnungshof
Frau Odenkirchen		vom Senator für Inneres und Sport
Herr Mackeben)	
Herr Frey)	vom Senator für Kultur
Frau Brünner		von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Frau Rüpke)	vom Senator für Bau, Umwelt und
Herr Dr. Kountchev)	Verkehr
Herr Heiss)	
Staatsrat Kück)	vom Senator für Wissenschaft,
Herr Schütte-Thuy)	Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Schmidt)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und
Herr Drücker)	Häfen
Herr Radtke)	
Herr Winsemann)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Frau Vogel-Krawczyk)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Czellnik)	von der Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 16.24 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokoll

1. Protokoll der 10. Sitzung am 17. Februar 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. Protokoll der 11. (Sonder-) Sitzung am 25. Februar 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU - Vorlage Drs. 19/51 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II 1.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Wissenschaftlichen Dienst der Bürgerschaft um eine rechtliche Prüfung, ob der Senat, wie unter C. I. Ziff. 7 - 9 der Anträge der Fraktion der CDU zur Einsetzung eines Controllingausschusses vorgesehen, zur Übermittlung von Protokollen und Vorlagen der Aufsichtsratssitzungen sowie weiteren Erläuterungen und Berichten von privatrechtlich organisierten Beteiligungen - insbesondere Aktiengesellschaften und GmbHs - der Freien Hansestadt Bremen verpflichtet werden kann und setzt die weitere Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Vorlage der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes der Bürgerschaft aus.

III. Initiativen des Senats

2. (Controlling-) Berichte

- 2.1 Staatsüberschuss auf Bundes- und Landesebene Bremen in 2015**
Hier: Berichtsbitte von Herrn Prof. Dr. Hiltz (FDP-Fraktion)
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 2.1 der Tagesordnung für die
Sitzung des
staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage Drs. 19/129 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zu den Staatsüberschüssen auf Bundes- und Landesebene Bremen in 2015 vom 26. Februar 2016 zur Kenntnis.

- 2.2 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2015**
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 2.2 der Tagesordnung für die
Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage Drs. 19/130 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 2.2 nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2015 zur Kenntnis.

- 2.5 Bericht zu Schenkungen und Leihgaben im Kulturbereich**
hier: Berichtsbitte der CDU Fraktion vom 25. Februar 2016
- Vorlage Drs. 19/131 S -

Abg. Eckhoff bittet im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) um Erläuterung, was hinsichtlich der Einrichtung Neues Museum Weserburg unter einer „nicht umsetzbaren gewünschten Rechtschaffung“ zu verstehen ist und warum andere Bundesländer im Hinblick auf Schenkungen und Leihgaben im Kulturbereich anders verfahren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2.6 Bericht über die Medizinstrategie 2020 der Gesundheit Nord gGmbH - Vorlage Drs. 19/132 S -

Abg. Liess bittet in spätestens sechs Monaten um einen weiteren Bericht indem die wirtschaftlichen Effekte, die sich aus der Umsetzung der Medizinstrategie ergeben haben, dargestellt werden.

Abg. Rupp kritisiert unter Bezugnahme auf die Vorlage, dass die GENO anstatt des Szenario III sich für eine Sanierung nach dem Szenario II entschieden habe. Ausweislich der Vorlage sei jedoch eine höchstmögliche Ergebnisverbesserung allein auf Grundlage des Szenarios III zu erwarten, das damit auch am wirtschaftlichsten sei.

Abg. Fecker bittet das Fachressort um eine Eigenbewertung der vorgelegten Medizinstrategie und möchte im Weiteren wissen, ob zwischenzeitlich die Krankenhausabteilung im Ressort aufgebaut worden sei.

Staatsrat Kück antwortet, die Entscheidung zugunsten des Szenarios II sei sachgerecht, da nur dieses Sanierungsprogramm gegenwärtig finanziell realisierbar sei. Auch dürfe nicht unbeachtet bleiben, dass die Medizinstrategie selbstverständlich einer ständigen Entwicklung unterliege. Insbesondere müsse eine Medizinstrategie stets auf aktuelle Bedarfe und Entwicklungen reagieren. Die vorgelegte Medizinstrategie stelle einen ehrgeizigen Schritt dar, um sich zukünftig den aktuellen Herausforderungen im Gesundheitswesen zu stellen und im Wettbewerb bestehen zu können. Die Krankenhausabteilung im Ressort sei noch im Aufbau. Er gehe davon aus, dass spätestens zum 1. Mai 2016 die Stelle der Abteilungsleitung besetzt sein werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den vorgelegten Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 1. März 2016 zur Kenntnis.

4. Vollzug der Haushalte gem. Art. 132a Landesverfassung

- 4.1 Grundsanierung der Richard-Dunkel-Straße (Airport-Stadt Nord)
hier: Ausnahme von den Haushaltsbeschränkungen der haushaltslosen
Zeit
Bewilligung von Straßenbaukosten in 2016 in Höhe von 570 Tsd. €
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 4.1 der Tagesordnung für die
Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage Drs. 19/133 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 4.1 stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) der Maßnahme in Höhe von T€ 570 sowie der damit verbundenen Ausnahme von der haushaltslosen Zeit zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt der Mittelverwendung von GRW-Mitteln (Hst. 0709/891 70-7 „GRW-Förderprogramm – BAB“) in Höhe von T€ 513 zu.

4.2 Produktgruppe 68.01.02 – Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen

- a) **hier: Zustimmung zum Eingehen einer Verpflichtung – Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 und 8 – Haushaltsstelle 3687/884 11-5 - in Höhe von 900 Tsd. €**
- b) **hier: Beantragte Mittelinanspruchnahme
- Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 und 8 in Höhe von 1.100 Tsd. €
- Vorlage Drs. 19/134 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP dem Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von 990 Tsd. € zu Lasten der Haushaltsjahre 2017 (630 Tsd. €), 2018 (135 Tsd. €), 2019 (135 Tsd. €) und 2020 (90 Tsd. €) sowie einer Mittelinanspruchnahme in Höhe von 1.100 Tsd. € bei Hst. 3687/884 11-5, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (BgA), zu.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

- 5.1 Berichtsbitte zum Sachstand zu den 354 bewilligten Stellen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage Drs. 19/135 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 5.1 nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Sachstandsbericht bezüglich der im Rahmen des dritten Sofortprogramms erfolgten Stellenbesetzungen zur Kenntnis und sieht die lfd. Nr. 56 der Auftragsliste als erledigt an.

5.2 Ausbildungsplanung 2016

hier: Produktgruppe 91.03.03

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.2 der Tagesordnung für die Sitzung des

staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage Drs. 19/136 S-

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 5.2 nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den vorgelegten Bericht „Der öffentliche Dienst im Umbruch?“ sowie die vor der Sitzung verteilte Kurzfassung und das Schreiben des Gesamtpersonalrates vom 5. Februar 2016 zur Kenntnis. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet zu gegebener Zeit zu den Konsequenzen die aus den Ergebnissen, die aus der Beschäftigtenbefragung gezogen werden, zu berichten.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Gebäudesanierungsprogramm 2016

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 6.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/137 S –

1. Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 6.1 stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der DIE LINKE und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP den Maßnahmen des Gebäudesanierungsprogramms 2016 mit einem Gesamtvolumen von rund 35.603.000 € zu.

2. Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 6.1 stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP dem Maßnahmenbeginn bei den

folgenden sechs neuen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 19.500.000 € zu:

JVA Sonnemannstraße Sanierung Haus 1,
Haus 2, Mittelbau, Planungsmittel VOF-Verfahren
/ ES-Bau

1.490.000 €

JVA Sonnemannstraße, offener Vollzug,
Planungsmittel VOF-Verfahren / ES Bau

350.000 €

Haus der Bürgerschaft, Umsetzung Brandschutz-
und Sicherheitskonzept

130.000 €

Neubau OS Hermannsburg 7.830.000 €

Sanierung TH Delfter Straße 9.000.000 €

Sanierung Gesundheitsamt (PCB-Beseitigung
und Brandschutz)

730.000 €

3. Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 6.1 stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP zu, dass bei Hst. 3988/884 20-0, An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen, in Höhe von 14.160.000 € eine Verpflichtung eingegangen wird.

(Schluss des öffentlichen Teils um 16.39 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff